

Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz): Volksschule Kirchenfeld: Wie geht es weiter? Was für Alternativen werden geprüft?

Gegen die aufgelegte Zonenplanänderung und das Bauprojekt Volksschule Kirchenfeld gingen mehrere Einsprachen ein, darunter auch solche von Organisationen. Dies musste erwartet werden. Es ist von längeren Verzögerungen auszugehen. Das Rechtsmittelverfahren wird für den Schulbetrieb sicher Konsequenzen haben. Es interessiert, was für finanzielle Konsequenzen auf die Stadt zukommen (Miete Calvinhaus) und welche Alternativen der Gemeinderat prüft.

Der Gemeinderat wird deshalb höflich gebeten, die folgenden Fragen beantworten:

1. Mit wie langen Verzögerungen rechnet der Gemeinderat infolge der Beschreitung des Rechtsweges? Welche Auswirkungen auf den Schulbetrieb hat dies konkret zur Folge?
2. Welche finanzielle Konsequenzen muss die Stadt tragen (z.B. Miete für nicht mehr benötigtes Calvinhaus)?
3. Sucht der Gemeinderat Alternativen? Wenn ja, welche? Z.B. Einbau Modulbauten auf dem Areal? Andere? Wenn nein, warum nicht?

Bern, 06. April 2017

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz

Mitunterzeichnende: -

Antwort des Gemeinderats*Zu Frage 1:*

Durch die nun eingegangenen Einsprachen musste der Baustart um ein Jahr auf den Sommer 2018 verschoben werden. Einerseits muss mit einiger Zeit gerechnet werden, bis die Einsprachen bereinigt sind. Andererseits macht es aus schulbetrieblicher Sicht keinen Sinn, während des Semesters zu zügeln. Sollten die Einsprechenden gegen den Bauentscheid Rekurs einlegen und die Einsprache vor die nächste Instanz weiterziehen, ist mit einer weiteren Verzögerung zu rechnen. Der Schulbetrieb wird bis Sommer 2018 im Kirchenfeldschulhaus fortgeführt.

Zu Frage 2:

Zurzeit wird die monatliche Miete von knapp Fr. 16 000.00 für das Calvinhaus dem Baukredit belastet. Das Schulamt und Immobilien Stadt Bern prüfen zurzeit, ob eine Zwischennutzung bis zur Verwendung des Calvinhauses als Provisorium für die Volksschule Kirchenfeld möglich ist und ob an diesem Provisorium festgehalten werden soll.

Zu Frage 3:

Ja, weitere Alternativen sind zurzeit in Abklärung. So prüfen das Schulamt und Immobilien Stadt Bern zurzeit, ob bspw. das Schulhaus Enge als Provisorium genutzt werden kann. Hingegen sind Modulbauten auf dem Areal als alternatives Provisorium nicht möglich.

Bern, 10. Mai 2017

Der Gemeinderat